GROSS-BERLIN

PREIS 10 PF.

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke" erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 43 B — BERLIN • Sonnabend, den 20. Februar 1932 — 1. JAHRGANG

„Eiserne Front" und Einheitsfront.

Von Gustav Heckmann.

Wir teilen zunächst einige Berichte über Versammlungen der „Eisernen Front" mit.

E. S. Mainz, 13. Februar.

Leider trug die heutige Versammlung der „Eisernen Front" in Mainz stark parteipolitischen Charakter. WILDUNG (Berlin) vom Arbeiter-Turn- und -Sportbund forderte auf, gegen den Faschismus zusammenzustehen. Die Kommunisten — so führte er aus — seien schuld am Hochkommen des Faschismus. (Der hiesige ZdA-Vorsitzende, der sich für die „Eiserne Front" eingeschrieben hatte, bekam die Antwort, Mitglieder der SAP würden nicht in die „Eiserne Front" aufgenommen.)

Auf den geäußerten Wunsch, den Vorschlag eines gemeinsamen Arbeiterkandidaten zur Präsidentenwahl zu besprechen, wurde mit keinem Wort eingegangen.

E. H. Magdeburg, 15. Februar.

Die heutige Versammlung der „Eisernen Front" wurde vom Jugendwerbeausschuß der SPD einberufen. Der in der Diskussion vorgetragene Vorschlag, zur Präsidentenwahl einen gemeinsamen Arbeiterkandidaten aufzustellen, fand Beifall — jedoch nicht bei dem Referenten, dem „Reichsbanner"-Major a. D. MAYR. Der wußte zu dem Vorschlag nichts zu sagen, als daß er aussichtslos sei, weil er der Zustimmung von Moskau bedürfe.

L. W. München, 16. Februar.

Vom ZdA wurde mir mitgeteilt, daß die Frauenkommission der SPD in München die Absicht habe, den Gedanken der „Eisernen Front" bei den hiesigen erwerbstätigen Frauen zu propagieren. Zu diesem Zweck wurde eine Frauenversammlung veranstaltet, zu der auch ich durch den ZdA eingeladen wurde.

Anwesend waren etwa 130 Frauen, und zwar vorwiegend Sozialdemokratinnen, obwohl die Freien Gewerkschaften ihre weiblichen Vertrauensleute aufgefordert hatten, die Versammlung zu besuchen.

Die Landtagsabgeordnete KAESER (SPD) zeigte in ihrer Rede die Notwendigkeit einer antifaschistischen Abwehrfront. Die „Eiserne Front" könnte in der Tat zeigen, daß *die* Arbeiterschaft zusammensteht im Kampfe gegen den Faschismus. Das aber war der Rednerin zu wenig. Sie wollte „das Eisen schmieden, solange es warm ist" und die Einheit der Arbeiter gegen die faschistische Gefahr umbiegen in eine *Einheit für die Sozialdemokratie*. Sie rechtfertigte in ihrer Rede die Politik der SPD, „*der* Arbeiterpartei".

Eine Kollegin vom ZdA wies in der Diskussion darauf hin, daß — wenn die „Eiserne Front" die Einheit der Arbeiterschaft gegen faschistischen Terror zeigen solle — in der „Eisernen Front" *jegliche* Parteipropaganda zurückstehen müsse. Wer — wie die Referentin — Propaganda für die SPD innerhalb der „Eisernen Front" machen wolle, verkenne, daß sich *die* Arbeiterschaft über den Wert oder Unwert dieser Partei eben *nicht* einig ist. Im Interesse einer wirklich *eisernen* Front ist es notwendig, sich auf die Aufgabe zu *beschränken*, die im Augenblick von den breiten Massen der Arbeiterschaft (und zwar gerade auch von Nicht-Sozialdemokraten!) als eine der wichtigsten anerkannt wird: Kampf dem Faschismus!

Die übrigen Diskussionsrednerinnen bewiesen, daß sie hierfür kein Verständnis hatten. Die Versammlung konnte mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen werden.

Hk. Berlin, 15. Februar.

Vor vier- bis fünfhundert Eisenbahnern sprachen heute WELS und KÜNSTLER in einer Kundgebung der „Eisernen Front".

WELS sprach mit dem ganzen Körper, vom ersten Satz an mit dem vollen Einsatz seines Temperaments und seines großen agitatorischen Talents, sprach — zur Rechtfertigung der politischen Linie der SPD. Er las „dem Volk" die Leviten, das „von der besten Demokratie der Welt keinen Gebrauch zu machen wisse". Er kämpfte gegen 3 Fronten:

1. Gegen „Frankreich" wegen dessen Reparationspolitik; sein Verhalten nach dem HOOVER-Vorschlag im Sommer habe wie eine neue Ruhrbesetzung gewirkt.
2. Gegen HITLER, den Hypnotiseur des deutschen Kleinbürgertums.
3. Gegen die russische Außenpolitik. WELS höhnte über STALINS „Sozialismus in einem Lande". Er spricht mit echtem Haß gegen alles, was nach revolutionärer Arbeiterbewegung aussieht.

Einheitsfront der Arbeiterklasse? —

Das war mein stärkster persönlicher Eindruck nach dieser Versammlung: dieser Mensch wird sich einer *Klassenpolitik* der Arbeiterschaft widersetzen mit allen Mitteln der Massenverführung und dem mächtigen Apparat seiner Partei, die *er lenkt*. Ich sage das mit dem Vorbehalt, den man bei einem so persönlichen Eindruck machen muß. Aber solche Eindrücke eröffnen einem das Verständnis für die Politik eines Menschen oder einer Partei unter Umständen mehr als Dutzende von Artikeln und Broschüren.

M. F. Essen, 11. Februar.

Daß auf der heutigen Kundgebung der „Eisernen Front" das Erfreuliche entschieden überwog, war in erster Linie das Verdienst GRASSMANNS vom ADGB. Einiges aus seiner Rede: Entschiedener Protest gegen die ungleiche Behandlung von Kommunisten und Nationalsozialisten vor den deutschen Gerichten. Entschiedener Protest gegen GROENERS Erlaß, der die NS in die Reichswehr einlädt. Zur Abwehrfront gegen den Faschismus: Jeden ehrlichen Bundesgenossen aus dem bürgerlichen Lager werde man begrüßen; aber verlassen werde man sich auf solchen Zuzug nicht. Die Arbeiterschaft sei nie stärker gewesen als dann, wenn sie allein stand.

*

Die Berichte zeigen, wie ernst es steht.

Die Leitungen von SP und KP widersetzen sich dem Aufbau einer Einheitsfront. Die SP-Leitung, weil sie den revolutionären Teil der Arbeiterschaft als Klassenfeind betrachtet. Die KP-Leitung auf Grund ihrer Auffassung von der Taktik „Klasse gegen Klasse", einer Auffassung, die den im Fahrwasser der SP treibenden Teil der Arbeiterschaft dem Einfluß des Klassenfeindes geradezu in die Arme treibt.

Die SP-Leitung *könnte* von der KP-Leitung statt dessen in eine Einheitsfront hinein*gezwungen* werden.

Im Falle der Präsidentenwahl dadurch, daß sie THÄLMANN zurückzöge und der SP anböte: wir sind bereit, einen Kandidaten mit euch gemeinsam aufzustellen und schlagen euch einen linken SP-Mann oder einen Mann vor, der weder Sozialdemokrat noch Kommunist ist, LEBEBOUR etwa.

Ebenso liegt es bei der Herstellung der Einheitsfront zur organisierten Abwehr eines faschistischen Putsches. Die Ansätze zu einer solchen Front liegen vor in den gewerkschaftlichen Hammerschaften. Aber die „Eiserne Front" ist bisher so stark als sozialdemokratisches Propaganda-Manöver aufgezogen, daß die Aufgabe, eine einheitliche Abwehrfront der Arbeiterschaft gegen den Faschismus zustande zu bringen, von ihrer Lösung noch weit entfernt ist. Daraus folgt aber nur, daß man die in den Gewerkschaften vorhandenen Möglichkeiten einer breiten Abwehrfront ausbauen soll. Denn für die Abwehr eines Angriffes nach MUSSOLINIS Muster kann man heute die Gewerkschaften nicht entbehren: sie sind die Organisationen, die am ehesten einen disziplinierten Generalstreik durchführen können. Die RGO bietet dafür keinen Ersatz. Daß selbst bei maßgebenden Funktionären

Chinas Widerstand.

b Schanghai, 18. Februar.

Der chinesische Ministerpräsident WAN SCHING WEI erklärte, die chinesische Regierung werde das japanische Ultimatum ablehnen. Er bestehe — im Einverständnis mit dem Führer der Kantoner Armee, General TSCHANG — darauf, daß die chinesischen Truppen Schanghai nicht kampflos preisgeben.

Auch die Verhandlungen der japanischen und chinesischen Militärführer sind gescheitert. Die Chinesen lehnten die japanischen Forderungen auf Schaffung einer dauernden entmilitarisierten Zone, die Zerstörung der Wusung-Forts und die Zurückziehung der chinesischen Truppen auf eine Entfernung von 20 km von Schanghai ab.

Die Japaner haben inzwischen ein neues Ultimatum an die Chinesen erlassen, das die alten Forderungen (Zurückziehung der Truppen um 20 km und endgültige Zerstörung der Forts) wiederholt und nur eine neue Frist nennt: Die Räumung der Frontlinie wird bis Sonnabend um 7 Uhr, die volle Durchführung des Rückzuges bis Sonnabend um 17 Uhr verlangt.

b Tokio, 18. Februar.

Der japanische Kriegsminister hat angeordnet, die 12. japanische Division nach Schanghai zu entsenden.

i Genf, 18. Februar.

Die chinesische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine neue Note übermittelt, in der darauf hingewiesen wird, daß die chinesische Regierung bereit sei, in Verhandlungen mit der japanischen Regierung einzutreten, auf der Grundlage der fünf Punkte, die die amerikanische und englische Regierung vorgeschlagen haben und die von Deutschland, Frankreich und Italien unterstützt wurden. Falls die leitenden japanischen Beamten, die gegenwärtig das Kommando der japanischen Truppen in Schanghai in Händen haben, ehrlich den Frieden wünschten, so genüge es, wenn sie erklärten, daß sie auf der Grundlage dieser fünf Punkte in Verhandlungen eintreten wollten. Die ständige Ablehnung dieser Vorschläge bedeute jedoch, daß Japan fest entschlossen sei, China zu erobern.

s Moskau, 18. Februar.

Nach einer russischen Meldung aus Schanghai sind japanische Truppen am Mittwoch in das Gebäude der Schanghaier Universität eingedrungen. Die chinesischen Studenten leisteten Widerstand, wobei ein großer Brand im Gebäude entstand, der auch auf die Bibliothek übergriff, die aus 300 000 Bänden besteht.

AUS DEM INHALT:

Der Kampf der französischen Bergarbeiter.
Staatspartei gegen Groener.
Der rote Kandidat.
SPD und Hindenburg.
Keine Diskontsenkung!
Landarbeiterbrief aus Spanien.

Amerika erhebt Schadenersatzansprüche.

b Schanghai, 18. Februar.

Der amerikanische Generalkonsul in Schanghai überreichte sowohl der chinesischen Provinzialregierung wie dem japanischen Konsul eine Note, in der die amerikanische Regierung China und Japan für den Schaden verantwortlich macht, den amerikanische Staatsbürger bei den Kämpfen um Schanghai erleiden.

Die mandschurische Republik.

m London, 18. Februar.

Nach einer Meldung aus Mukden hat ein Ausschuß mandschurischer Generäle am heutigen Donnerstag die Mandschurei zum unabhängigen Staat erklärt.

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Bergarbeiterstreik in Polen.

Ueber 30000 im Streik.

f Kattowitz, 18. Februar.

Der Zentralverband der Bergarbeiter im Dombrowaer Industrieviertel hat am Mittwoch in einer Betriebsrätetagung beschlossen, auf allen Gruben in den Streik zu treten.

a Warschau, 19. Februar.

Da der Donnerstag in den meisten Gruben im Dombrowaer und Krakauer Kohlenrevier ein Feierschichtstag war, kann erst am Freitag die Zahl der in den Ausstand getretenen Arbeiter dieser beiden Kohlenreviere endgültig festgestellt werden. Insgesamt sind nach den letzten Meldungen 31 500 Bergarbeiter im Streik. Im ganzen sind nur sechs Kohlenbergwerke, die dem Verband der Grubenbesitzer nicht angehören, in Betrieb.

Oberschlesische Angestellte protestieren gegen Gehaltskürzung.

f Kattowitz, 18. Februar.

Die Angestelltenräte-Tagung, an der 350 Angestellte teilnahmen, beschäftigte sich am Donnerstag mit der von den Arbeitgebern geforderten 21prozentigen Gehaltssenkung für die Angestellten der ostoberschlesischen Eisenindustrie. In einer Entschließung werden die maßgebenden Stellen ersucht, die Forderungen der Arbeitgeber abzulehnen. Bei Nichtberücksichtigung ihrer berechtigten Forderungen würde sich die gesamte Angestelltenschaft mit den Arbeitern der ostoberschlesischen Industrie solidarisch erklären.

Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses steht noch aus.

der freien Gewerkschaften noch Verständnis für derartige Aufgaben vorliegt, zeigt der Lichtblick in der vorstehenden Berichtreihe: der Bericht aus Essen.

Die Leitung der KP hätte die Macht, solche Chancen erheblich zu stärken, ja den Widerstand der SP-Leitung gegen den Aufbau einer derartigen Klassenfront zu brechen — im Prinzip durch das gleiche Mittel wie im Falle der Präsidentenwahl: durch Zurückstellen der Jagd nach Eintagserfolgen für die KP hinter die Rücksicht auf eine geschlossene Abwehr der Gefahren, die die organisierte Arbeiterbewegung in ihrer Existenz bedrohen. Im Falle der antifaschistischen Abwehrfront würde das für die KP bedeuten: Liquidierung der RGO-Politik; hinein in die Freien Gewerkschaften und in die Hammerschaften, um dort unter strikter Achtung der Verbandsbestimmungen und unter Verzicht auf kommunistische Parteipropaganda daran zu arbeiten, die Gewerkschaften für ihre großen gegenwärtigen Aufgaben stark zu machen.

Entsprechendes gilt für den Kampf gegen den Lohnabbau. Auch hier läge es bei der KPD-Leitung, die Gewerkschaftsführung, soweit sie aus Rücksicht auf sozialdemokratische Tolerierungspolitik den gewerkschaftlichen Kampf abschwächt, zu energischer Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe zu zwingen — dadurch, daß sie die KP-Anhänger zu einwandfreier gewerkschaftlicher Kampfarbeit in den Freien Gewerkschaften veranlaßt.

Es ist auf allen diesen Gebieten das gleiche: die Leitung der KP hätte die Macht, große Massen revolutionär gestimmter Arbeiter zur Mitarbeit an den Einheitsfront-Aufgaben zu bewegen und so die vorhandenen Ansätze zu einer Einheitsfront durch einen Zustrom aktiver Elemente voranzutreiben. Die SP-Leitung könnte solche Vorschläge nicht ablehnen, ohne die Masse der SP-Arbeiterschaft von sich „abzulösen", was der Wunsch der KP ist. Eine solche Politik: gegen den Widerstand der KP-Leitung die SP-Arbeiterschaft und den organisatorischen Apparat der proletarischen Einheitsorganisationen, vor allem der Gewerkschaften, in eine *Klassenpolitik* hineinzubringen — eine solche Politik entspräche den Aufgaben der revolutionären Avantgarde.

Es ist aber heute aussichtslos, die Leitung der KPD *durch Ueberzeugen* zu einer solchen Politik bewegen zu wollen: die Verranntheit ist ungeheuer.

In dieser für die Sache der Einheitsfront verzweifelten Situation bleibt für ihre Verwirklichung zunächst nur der Weg von unten: das Bohren und Drängen der Mitglieder, die die Einheitsfront wollen, bei den Funktionären und den Leitungen der Organisationen. Dabei können alle Genossen in allen ihren Organisationen helfen.

Bei der zur Zeit aktuellen Einheitsfront-Aufgabe, der Präsidentenwahl, haben die Mitglieder der Freien Gewerkschaften für ein solches Bohren die meisten Chancen, besonders die vielen Gewerkschaftskollegen, die von der KP und von THÄLMANN wegen der RGO-Politik nichts wissen wollen. Diese Kollegen sollten von den zuständigen Verbandsleitungen verlangen, daß die für Freigewerkschaftler unerträgliche Auswahl THÄLMANN-HINDENBURG durch die einzige Lösung ersetzt wird, die die Gefahr, in der die Gewerkschaften schweben, bannt oder dazu hilft, sie zu bannen: durch den gemeinsamen Arbeiterkandidaten.

Staatspartei gegen Groener.

„Der Vorstand der Deutschen Staatspartei teilt folgende Entschließung mit: „Der Vorstand der Deutschen Staatspartei mißbilligt den Erlaß des Reichswehrministers, der die Stellung der Reichsregierung zur Nationalsozialistischen Partei in ein unklares (? Red.) Licht rückt, die Exekutive verwirrt und die Sicherung der Republik bedroht. Er erwartet von der Reichsregierung, daß unverzüglich bindende Anordnungen erlassen werden, durch welche die Reichswehr vor dem Eindringen aller staatsfeindlichen Elemente geschützt und ihren Angehörigen der Besuch von Veranstaltungen, die unter Hakenkreuz- ebenso wie unter Sowjetfahnen stattfinden, verboten wird."

Kabinettssitzung.

h **Berlin**, 18. Februar.

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Donnerstag mit einer Ergänzung der Osthilfemaßnahmen, mit Fragen der Arbeitslosenversicherung und Arbeitsbeschaffung und mit der Frage des Bierpreises.

Die mandschurische Republik.

(Fortsetzung von der 1. Seite.)

f **Washington**, 18. Februar.

Die maßgebenden Beamten des amerikanischen Staatsdepartements haben angedeutet, daß die amerikanische Regierung die neu gebildete unabhängige mandschurische Regierung in keinem Fall anerkennen werde, da sie von den japanischen Militärbehörden gewaltsam eingesetzt sei.

6 **Moskau**, 18. Februar.

Die Stellung Rußlands zu der neuen mandschurischen Republik, von der man weiß, daß sie unter dem wirtschaftlichen und politischen Protektorat Japans stehen wird, ist noch nicht klar. Es heißt, daß die russische Regierung jedenfalls nicht daran denke, ihre Vorrechte an der chinesischen Ostbahn abzutreten.

Auch das neue japanische Ultimatum abgelehnt.

b **Schanghai**, 19. Februar.

Die Chinesen haben das japanische Ultimatum, das am Sonnabend nachmittag abläuft, abgelehnt.

In Tschapei und auf den Wusung-Forts werden auf beiden Seiten die Stellungen bezogen. In den frühen Morgenstunden des Freitag eröffneten die Chinesen das Artilleriefeuer auf die japanischen Stellungen, das Hauptquartier und die im Hafen liegenden japanischen Kriegsschiffe.

Wie aus Nanking gemeldet wird, treffen die Chinesen umfassende Verteidigungsmaßnahmen, die weit über das Gebiet von Schanghai hinausgehen. Ein ganzes Netzwerk von Schützengräben wird entlang der Linien der Tientsin-Pukau- und der Lunghai-Eisenbahn ausgebaut, und zwar in einer Länge von über 1500 Kilometer.

Die englischen Sorgen um die Vorgänge in Schanghai, die in den vergangenen Tagen in der Presse zum Ausdruck kamen, haben nun auch zu Anfragen im Oberhaus geführt. Der Kriegsminister hat darauf geantwortet, daß die Lage in Schanghai der englischen Regierung schwere Sorgen bereite. Es müsse unter Umständen die Räumung der internationalen Niederlassung in Erwägung gezogen werden, was natürlich große Schwierigkeiten verursache. Ferner ist die Stimmung in Australien sehr erregt (bekanntlich steht Australien seit langem in starkem Gegensatz zu Japans Ausdehnungspolitik) und auch Indien wird durch die Vorgänge im Fernen Osten berührt. Dazu kommt eine große Angst vor einer Vollversammlung des Völkerbundes, die möglicher Weise Sanktionen gegen Japan in Bewegung setzt. Solche Sanktionen würden auf den entschlossenen Widerstand Japans stoßen und damit eine Feindseligkeit von seiten Japans hervorrufen, die England bisher unter großen Prestige-Verlusten vermieden hat. Immerhin bereitet England sich vor: der beschleunigte Ausbau des Flottenstützpunktes Singapore an der Südspitze Hinterindiens und die Einstellung von Mitteln in den Staatshaushalt sind Gegenstand ernsthafter Beratungen, was wohl heißt, daß dort fieberhaft gearbeitet wird und daß man nachher schon die Steuern dementsprechend erhöhen wird.

Japan zur mandschurischen Republik.

b **Tokio**, 19. Februar.

Das Außenministerium erklärt, die Mandschurei könne nur dann von Japan anerkannt werden, wenn der neue Staat nachweise, daß er alle Eigenschaften eines unbhängigen Staates besitze. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Anforderung so interpretiert, daß dieser neue Staat hinreichend unabhängig von allen andern Mächten sein soll, um sich völlig den Weisungen Japans zu unterwerfen.

*

In Genf dauert die Ratlosigkeit an, die keinen andern Ausweg weiß, als darauf zu hoffen, daß irgend ein Ereignis von außen dem Völkerbundsrat hilft.

Diskontermäßigung der Bank von England.

Die Bank von England hat ihren Diskont von 6 Prozent auf 5 Prozent ermäßigt. Die vorige Veränderung des englischen Diskonts wurde am 21. September gleichzeitig mit der Aufgabe des Goldstandards vorgenommen. Damals wurde die Diskontrate von 4½ Prozent auf 6 Prozent erhöht.

Devisenverordnungen in Griechenland.

t **Athen**, 18. Februar.

Die bisher schon strong gehandhabte Devisenverordnung, die Zahlungen ins Ausland praktisch fast unmöglich macht, wird nunmehr noch mehr verschärft. Für Reisen ins Ausland werden keine Devisen mehr bewilligt, selbst nicht an kranke Personen. Devisen werden nur noch für Nahrungsmittel bewilligt, wenn es sich um solche handelt, die in Griechenland nicht vorhanden sind, und die nicht als Luxus anzusehen sind. Der Verkauf frischen Fleisches wird nur an 3 Tagen in der Woche gestattet. Alle im Auslande befindlichen amtlichen Missionen und auf Staatskosten ins Ausland zu Studienzwecken entsandten Personen sollen zurückberufen werden. Den Zeitungen werden in Zukunft nur 4 Seiten erlaubt. Weitere strenge Einschränkungen sind geplant; doch sollen diese erst in ungefähr 14 Tagen bekannt gemacht werden, damit in der Zwischenzeit der Bericht des Abgesandten des Völkerbundes, Sir OTTO NIEMEYER, abgefaßt und nach Genf geschickt werden kann.

Halbamtlich verlautet, daß VENIZELOS sofort nach Erstattung des Berichtes des Völkerbundsdelegierten NIEMEYER und des Berichtes des internationalen Finanzausschusses sich erneut in die europäischen Hauptstädte begeben wird, um persönlich für die dringende Finanzhilfe, die Griechenland notwendig braucht, einzutreten.

Painlevé mit der Kabinettsbildung betraut.

k **Paris**, 18. Februar.

Der Präsident der Republik hat den ehemaligen Ministerpräsidenten PAINLEVE mit der Kabinettsbildung beauftragt. PAINLEVE hat angenommen.

k **Paris**, 19. Februar.

PAINLEVE hat am frühen Morgen der Presse mitteilen lassen, daß die Verhandlungen mit TARDIEU keinen Erfolg ergeben hätten.

Die ukrainische Minderheit in Polen.

a **Warschau**, 18. Februar.

Im polnischen Sejm entbrannte eine heftige Diskussion bei der Beratung des neuen Kolonisierungsgesetzes, gegen das die ukrainische Minderheit bereits vor 14 Tagen beim Völkerbund ihren Protest eingelegt hat. Die ukrainischen und weißrussischen Redner wiesen darauf hin, daß durch dieses Gesetz den Ukrainern und Weißrussen der für sie schon jetzt zu knappe Vorrat an Land genommen werden solle, damit polnische Soldaten dort unentgeltlich angesiedelt werden könnten.

Der Aufstand in Costarica.

f **New York**, 18. Februar.

Die blutigen Kämpfe in Costarica wurden am Donnerstag mit großer Erbitterung von beiden Seiten fortgeführt. Die Regierung befahl der Zivilbevölkerung, San José zu verlassen. Im ganzen Lande sollen bereits mehrere hundert Personen getötet worden sein.

Dem Führer der Aufständischen, QUESADA, ist es gelungen, das Fort Bellavista in San José gegen zahlreiche Angriffe der Regierungstruppen zu halten. Das amerikanische Konsulat, das gerade dem Fort gegenüber liegt, ist gleichfalls beschossen worden.

f **New York**, 18. Februar.

Wie aus Colon (Panama) gemeldet wird, ist der Aufstand in Costarika nunmehr endgültig zusammengebrochen. Die Aufständischen sollen sich ergeben haben.

Gandhis Begleiterin verurteilt.

g **Bombay**, 18. Februar.

Die ständige Begleiterin und Sekretärin GANDHIS, Miß SLADE, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Hackelreiter-Verlag, Berlin.

(42. Fortsetzung.)

Endlich erscheint Laroque, sucht mit seinen Blicken die blonde Frau. In diesem Augenblick schießt Rhée von der Eingangstür her auf die Doppeltür zu und verschwindet im Zimmer des Ministers. Laroque lächelt: „Also müssen Sie sich noch weitere fünf Minuten gedulden, gnädige Frau." — Germaine wandert langsam an den Wänden hin, betrachtet die alten Gemälde . . . Ist es nur Politik, die Rhée Landrux mit dem Minister verbindet? — denkt sie unablässig. Kann denn Brandt diese rothaarige, hemmungslose Frau lieben . . . Alle hassen sie doch, diese rotschillernde Sphinx . . . Wenn sie in der Kammer die Rednertribüne besteigt, ist immer eine Sensation zu erwarten. Den bürgerlichen Abgeordneten wird immer beklommen zumute, wenn sie ihren Angriff ansetzt. Ihre Sätze fließen von Rücksichtslosigkeit und beißendem Hohn über, ihre Argumente sind verblüffend, sie kennt die letzte Ecke im Wesen ihrer Gegner, ihr furchtloser Charakter sucht die Kampfprobe mit dem brutalsten Widersacher. — Germaine steht unschlüssig an der Ausgangstür. Soll sie nicht lieber gehen?

Drinnen im Ministerzimmer findet inzwischen ein geistiges Duell statt.

„Die Arbeitermassen sind kaum mehr zu halten!"

„Ich verlange bedingungslose Disziplin", wiederholt Brandt zum drittenmal. „Ich klammere mich an den winzigsten Hoffnungsfunken!"

„Die Arbeiter werden schon mißtrauisch. Es gibt Schufte, die behaupten, daß man Sie mit Gold gekauft hat. Das streuen Ihre Gegner aus."

„Ich bleibe auf meinem Posten!" herrscht Brandt die Landrux an. „Ich lasse mich in meinen Entschlüssen nicht beirren!"

„Hüten Sie sich, ins radikale Fahrwasser abzustürzen!"

Rhée zuckt die Achsel.

„Sehen Sie denn nicht, wie ich ohnedies von Sorgen aufgefressen werde! Ich kann jetzt nicht von Fabrik zu Fabrik laufen und Beruhigungsreden halten! Entweder man vertraut mir oder man läßt mich fallen. Ein Drittes gibt es nicht. Ich weiß, liebe Landrux, Ihr Einfluß reicht sehr weit! Unterstützen Sie mich! Ich will keine Aufmärsche und Demonstrationen sehen. Ich verbiete jede Aufpeitschung. Wenn ich sehe, daß ich hier am falschen Platz bin, trete ich schon ab. Habe ich erst mein Portefeuille hingeworfen, dann weiß ich auch, daß die Entwicklung ihrem eignen unheimlichen Gesetz folgen wird, das unsre besten Absichten gefährdet. Furchtbare Stunden können dann kommen! Das überlege ich mir zehnmal, hundertmal! Niemand kann sagen, wessen Rechnung am Ende stimmt!"

„Ihre Rechnung!" Rhée ist aufgesprungen. „Dafür lassen Sie uns sorgen, Brandt!"

Brandt lacht ironisch auf. „Danke, ich brauche aber keine Schrittmacher . . ."

Laroque öffnet die Tür. „Frau von Bassancourt läßt fragen, ob sie jetzt empfangen werden kann."

„Ja, bitte, ich stehe zur Verfügung."

Laroque verschwindet wieder.

„Sie nehmen den Besuch dieser Frau an?" Eine kurze Falte steht über Rhées Nasenwurzel.

„Nun?" fragt er spöttisch.

„Sie ist die politische Vertraute Ihres senilen Chefs!"

„Vielleicht bringt sie mir einen Vermittlungsvorschlag von ihm", spottet er unwillig.

„Sie verabschieden mich jetzt?" Sie blickt an seiner Schulter vorbei.

„Ich verlasse mich auf Sie, liebe Freundin", sagt er freundlich. „Ihre Mithilfe ist unentbehrlich . . ."

Ueber die Schwelle tritt zögernd Germaine. Die Blicke der beiden Frauen haken sich eine Sekunde ineinander. Drohend und flackernd sind die Augen der Landrux, kühl und wägend die Blauaugen der Aristokratin. Mit scharfem Klang schnappt das Türschloß hinter Rhée ein.

„Nach Ihrem herrlichen Ozeanflug hatte ich mir unser Wiedersehen fröhlicher vorgestellt, Herr Minister." Ihre ernsten Augen strahlen ihn an.

„Zur Fröhlichkeit ist leider wenig Anlaß", entgegnet Brandt und schiebt einen Sessel für sie heran.

„Wundern Sie sich nicht über meinen Besuch, Herr Brandt. Ich komme nicht als Politikerin, sondern als eine der zahllosen Frauen, die von Ihnen ein beruhigendes Wort hören möchten. Die wildesten Gerüchte schwirren durch Paris, die Erregung ist unerträglich. Dabei fühlt jeder Ihre entschlossenen Anstrengungen, unser Land vor dem Schrecklichsten zu bewahren." Sie spricht stockend und halblaut.

„Es ist gut, daß man meine Entschlossenheit fühlt", nickt er. „Aber der Kraft eines Einzelnen sind Grenzen gesetzt, gegen die geistige Verwirrung müssen alle angehen!"

„Ja, der Einzelne vermag nichts, Herr Minister . . . Vielleicht sind wir alle nur Objekte unabweichbarer Gewalten. Ich bin glücklich, daß Sie dem Volk ein leuchtendes Beispiel der Selbstverleugnung geben und Ihr Ministeramt nicht verlassen, obwohl es Sie Ueberwindung kosten mag."

„Es ist möglich, daß ich bald auf den Ruhm dieses leuchtenden Vorbildes verzichten muß", erwidert er in Gedanken. „Viele Trümpfe habe ich nicht mehr in meiner Hand."

„Sie dürfen weder heute noch morgen zurücktreten!" ruft sie fast heftig aus. „Und wenn es uns nicht erspart bleiben sollte, an die Waffen zu appellieren . . ."

„Solange der Feind nicht über unsre Grenzen einfällt, wird dieser Appell in Frankreich nicht gehört werden!" unterbricht er sie ohne Pathos.

„Haben Sie etwa die Absicht . . . ? Nein, nein, ich bin nicht so töricht, Sie nach Ihren letzten Absichten zu fragen, ich verlange nicht, daß Sie mich in die Technik Ihrer Pläne einweihen." — Die lächelnde Ueberlegenheit in seinen Augen reizt ihren Widerspruch. „Wissen Sie, Herr Brandt, daß man Ihnen die schlimmsten Absichten unterstellt?"

Brandts Mund wölbt sich ironisch. „Vermutlich errichte ich morgen Barrikaden."

„Ja, vielleicht zetteln Sie wirklich eine Revolution an!"

„Ja, ich bin ein gefährlicher Mensch!" spottet er wieder.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kampf der französischen Bergarbeiter.

G. K. Die Drohung der französischen Bergwerksunternehmer, die Löhne am 1. Februar um 5 Prozent, zum 1. März um weitere 5 Prozent zu senken, hat Anfang Februar zu einer Generalabstimmung sämtlicher Bergarbeiter im Norden geführt, die zwischen Streik und Verhandeln entscheiden sollte. Die Abstimmung führte zur Ablehnung des Streiks. Wie kam es zu diesem Ergebnis?

Es gibt in Frankreich drei bedeutende Kohlengebiete; das wichtigste, das Kohlenfeld in den Bezirken „Nord" und „Pas de Calais", dann das Kohlenfeld an der Loire und endlich das lothringische Kohlengebiet. Im Norden sind drei Viertel der gesamten Kohlenproduktion des Landes konzentriert.

Alle französischen Zechen sind einer Art Preiskartell angeschlossen; auch haben die Unternehmer der verschiedenen Gebiete die Versendung von Kohle nach den verschiedenen Gegenden Frankreichs untereinander geregelt.

Die französische Kohlenproduktion ist im Jahre 1931 von 55 Millionen auf 51 Millionen Tonnen gefallen. Der Rückgang im Verbrauch ist jedoch weit größer: die Haldenbestände sind von 2 auf 4 Millionen Tonnen gestiegen.

Das Kartell hat angesichts dieser Lage vor allem Maßnahmen gegen die nicht-französische Konkurrenz unternommen. Es wurde erstens die Kohleneinfuhr beschränkt, und zwar für jedes Land um 20 Prozent der Einfuhr von 1930. Ferner wurde den öffentlichen Betrieben der Verbrauch französischer Kohle vorgeschrieben. Endlich wurde auf die Einfuhr der Länder mit unsicherer Währung (z. B. England) eine Steuer von 15 Prozent erhoben.

Tatsächlich sind die Einfuhrbeschränkungen ohne beträchtliche Wirkung geblieben. Das Erstaunlichste ist die neueste Nachricht, wonach die fünfzehnprozentige Steuer gegenüber England aufgehoben worden ist, ohne daß man weiß, was Frankreich dafür bekommen hat. Es sind außerdem 1931 erheblich mehr Kohlen eingeführt worden als erlaubt war, und zwar beruht dies vorwiegend auf dem Preisunterschied zwischen französischer und nicht-französischer Kohle. Alses in allem haben die Maßnahmen einen Rückgang der Einfuhr um 3 Millionen Tonnen gegenüber 1930 zur Folge gehabt. Dies hat immerhin eine wachsende Arbeitslosigkeit unter den Hafenarbeitern, vor allen Dingen in Rouen, erzeugt. Ferner sind die Preise für französische Kohlen künstlich hochgehalten worden, wodurch die Zechen ihren eigenen Markt wiederum beschränkt haben. Da die Unternehmer die Staatshilfe für unzureichend erklären, sind sie nunmehr zu Feierschichten und Lohnkürzungen übergegangen. Die Einlegung der Feierschichten dient aber bei der geringeren Ausnutzung der Betriebe nicht dazu, die Gestehungskosten erheblich zu senken. Ihr Hauptangriff richtet sich daher auf die *Löhne*.

Wenn man die Geschäftsberichte der Bergwerksgesellschaften betrachtet, so ergibt sich dieser Angriff als ein brutales Ausbeutungsmanöver, das keineswegs durch die finanzielle Lage dieser Gesellschaften gerechtfertigt ist. Zwei der größten Gesellschaften im Norden haben im Jahre 1930 noch 22 Prozent Dividende gezahlt. Eine von ihnen zahlte im Jahre 1931 37½ Prozent. Diese Zustände machen den Kampf der Bergarbeiter gegen die Senkung der Löhne zu einem außerordentlich bitteren, da angesichts der finanziellen Macht dieser Gesellschaften ein Lohnkampf sehr zäh sein müßte, und außerordentliche Opfer auf seiten der Bergarbeiter erfordern würde.

Wie steht es um die Lage der französischen Bergarbeiter?

Die Gesamtzahl der französischen Bergarbeiter betrug 1930, bevor die Wirtschaftskrise Frankreich ergriffen hatte, rund 300 000. Sie war Ende 1931 auf rund 275 000, also um etwa ein Zwölftel, gesunken. Insbesondere wurden zahlreiche nicht-französische Arbeiter entlassen und in ihre Heimat zurückgesandt. In einer Reihe von Bergwerken in Lothringen hat man z. B. alle polnischen Arbeiter entlassen.

Immerhin erscheint eine Verringerung der Arbeiterzahl um etwa 8 Prozent nicht beträchtlich zu sein, besonders wenn man bedenkt, daß noch im letzten Jahre eine Reihe von Rationalisierungsmaßnahmen eingeführt worden sind. Dieses Bild ändert sich, wenn man die Zahl der Feierschichten berücksichtigt: auf den meisten Zechen werden ein bis zwei wöchentlich eingelegt.

Entsprechend diesem gewaltigen Rückgang an Arbeitsstunden ist auch die Einkommensverringerung bedeutender, als es den Kürzungen im Schichtlohn entspricht. Diese Kürzungen betrugen im Norden am 1. Februar 1932 5 Prozent, während weitere 5 Prozent zum 1. März 1932 in Aussicht stehen. 6 Prozent waren bereits im April 1931 abgezogen worden. Im Gebiet der Loire wurden die Löhne im April 1931 gleichfalls um 6 Prozent verringert, doch wurden dort gleichzeitig auch die Prämien beseitigt, so daß ein tatsächlicher Verlust von 12 bis 15 Prozent der Löhne eintrat. Anfang 1932 ist dort eine weitere Kürzung um rund 5 Prozent vorgenommen worden.

Vor der Kürzung im April 1931 betrugen die Schichtlöhne, im Durchschnitt für ganz Frankreich gerechnet, rund 6,70 Mark für Untertagearbeiter, 5 Mark für Uebertagearbeiter. (Die entsprechenden Zahlen für das Ruhrgebiet Anfang 1931 waren 9,21 Mark bzw. 6,55 Mark. Die Preise der für den Arbeiter lebenswichtigen Waren entsprechen in Frankreich und Deutschland einander.) Nach der Kürzung im Jahre 1931 betrugen die Schichtlöhne, die jetzt weiter verringert wurden, 6,20 Mark für Untertagearbeiter und 4,70 Mark für Uebertagearbeiter. (Dem stehen im Ruhrgebiet Löhne von 8,57 Mark bzw. 5,89 Mark Ende 1931 gegenüber.) Die französischen Löhne bleiben also weit hinter denen des Ruhrgebiets zurück.

Ein anderes Beispiel: Im Gebiet der Loire verdienten manche Untertagearbeiter, unter Einrechnung der Prämien, im Jahre 1930 bei 24 Arbeitstagen im Monat 164 Mark. Nach Aufhebung der Prämien, Kürzung der Löhne und Einlegung von zwei Feierschichten verdienten dieselben Untertagearbeiter nur noch 96 Mark. Das sind Spitzenlöhne. Manche Hauer erreichen höchstens 83 Mark, während Uebertagearbeiter im Gebiet der Loire oft nur 60 bis 67 Mark im Monat ausbezahlt bekommen. Nehmen wir selbst an, es handle sich um eine Familie, die eine der billigen Vorkriegswohnungen von 16 bis 25 Mark hat, so bleiben weniger als 50 Mark monatlich, aus denen Nahrung und Kleidung für die Familie bestritten werden müssen!

Unter diesen Umständen war es ein ungeheuerlicher Schlag für die Bergarbeiter im Norden, als der Präsident des Unternehmerverbandes im Kohlenbergbau in einem Brief am 4. Januar 1932 die neue Lohnkürzung ankündigte. Der der C. G. T. (dem ADGB entsprechenden) angeschlossene Bergarbeiterverband bot den Unternehmern Verhandlungen an, die am 26. Januar in Douai stattfanden und in denen die Unternehmervertreter darauf bestanden, die Löhne zum 1. Februar um 5 Prozent, zum 1. März um weitere 5 Prozent zu senken. Der Generalrat der Bergarbeiterföderation hielt daraufhin in aller Eile eine Besprechung ab, in der beschlossen wurde, die Arbeit zunächst fortzusetzen, und am 8. Februar eine allgemeine Abstimmung sämtlicher Bergarbeiter im Norden vorzunehmen, die zwischen Streik und Fortführung der Verhandlungen mit den Unternehmern wählen sollten. Gleichzeitig beschloß die Leitung der revolutionären Gewerkschaft den Streik für den 1. Februar. Dieser Parole wurde auf fünf Zechen in der Morgenschicht von der Hälfte der Arbeiter Folge geleistet, doch wurde das Fehlschlagen dieses Streiks angesichts der noch geringeren Zahl der Streikenden schon in der Mittagsschicht des 1. Februar offensichtlich.

Die revolutionären Gewerkschaften beschlossen, sich an der von der C. G. T. vorgenommenen Abstimmung nicht zu beteiligen. Die gelben und christlichen Gewerkschaften hielten sich gleichfalls von der Abstimmung fern. Auch waren Jungarbeiter zwischen 15 und 18 Jahren nicht zur Abstimmung zugelassen. Daraus erklärt es sich, daß sich am 8. Februar nur rund 67 000 von 177 000 Bergarbeitern an der Abstimmung in den Departements Nord (rund 53 000) und Pas de Calais (rund 124 000) beteiligten. Von diesen stimmten rund 55 000 für Fortführung der Verhandlungen, rund 12 000 für Streik. Unter den Bergarbeitern, die den Parolen der freien Gewerkschaften folgen, sind also fast 20 Prozent für einen Streik eingetreten, und deren Zahl wäre vielleicht noch größer gewesen, wenn nicht der Sekretär des Bergarbeiterverbandes am Vorabend der Abstimmung in einem Aufruf die Folgen eines Streiks in den schwärzesten Farben ausgemalt hätte. In der Tat: Angesichts der Erfahrungen des letzten Bergarbeiterstreiks, in Anbetracht der großen Haldenbestände in Frankreich und im Ruhrgebiet, unter Berücksichtigung des Mangels an Solidarität, national und international gesehen, ist das Gelingen eines Bergarbeiterstreiks im Augenblick sehr unwahrscheinlich.

Nach Bekanntwerden des Ergebnisses der Abstimmung vom 8. Februar hielt der Generalrat der Bergarbeiterföderation eine weitere Besprechung ab, auf Grund derer die Gewerkschaften der einzelnen Bezirke aufgefordert wurden, ihr Möglichstes zu tun, die Forderungen der Unternehmer herunterzudrücken. Auf eine Gesamtaktion der Föderation wird also verzichtet.

Der revolutionäre Bergarbeiterverband (der nur etwa 20 Ortsgruppen umfaßt) rief am 8. Februar zu einem neuen Streik auf, ohne daß bis Mitte Februar 1932 irgendeine Zeche diesem Aufruf Folge geleistet hat.

Der rote Kandidat.

E. M. Köln, 17. Februar.

Mehr als zwölf Tausend waren vor kurzem dem Ruf der Kölner KP gefolgt zu einer Kundgebung für den „roten Kandidaten" Ernst Thälmann. Ein imposantes Bild, diese Riesenkundgebung. War sie auch geeignet, die versammelten Arbeiter eine wirksame Waffe im Kampf gegen die Feinde der Arbeiterschaft werden zu lassen? Leider nicht!

Der Redner, Willi Leow, kritisierte nach sehr einfachem Rezept: praktisch wurde für alle Mißstände (die wirtschaftliche Not, die drohende Kriegsgefahr, die akute faschistische Gefahr) die SPD mit ihrer falschverstandenen „Politik des kleineren Uebels" verantwortlich gemacht.

Zur Reichspräsidentenwahl sagte der Redner: Hitler, Goebbels, Hindenburg oder Braun — was für Vorschläge auch noch kommen mögen, *alle* Kandidaten sind Vertreter des kapitalistischen Systems, wollen dieses System erhalten. Sie kommen deshalb für uns nicht in Frage. Noch in keiner politischen Situation waren die Fronten so klar wie heute. Diesmal steht System gegen System, Kommunismus gegen Kapitalismus — deshalb muß Thälmann gewählt werden.

Wer für Thälmann stimmt, sagte Leow, bekennt sich zur Führung der KPD gegen Notverordnungspolitik, Faschismus, Young-Deutschland und *für* Sowjet-Deutschland. Die „Eiserne Front" ist nur ein Frontabschnitt des Faschismus, sein gemäßigter Flügel. Darum Kampf gegen die „Eiserne Front" und Faschismus.

Dieser falsch verstandene „Radikalismus" der KPD, der sich jetzt wieder zeigt, hat die Arbeiterklasse wohl ebenso oft um Erfolge gebracht wie die ebenso falsch verstandene Taktik des „kleineren Uebels", wie die SPD es versteht.

Dieses offenbare Versagen der beiden Arbeiterparteien läßt die Frage nach den *Ursachen* dieses Versagens wieder einmal brennend werden.

Berliner Arbeitsmarkt.

H. Ich sitze mittags im Verkaufsraum der „Vossischen Zeitung" und sehe Zeitungen durch. Kurz vor 15 Uhr wird ein Stapel Blätter auf einen Tisch nahe bei der Tür gelegt. Kaum liegt er da, als sich die Tür öffnet, ein junger Mann hereinkommt, einen Zettel ergreift und hinausgeht. Ich sehe, wie er draußen auf der Straße stehen bleibt, das Blatt vornimmt, es eifrig studiert.

Was ist es? „Berliner Arbeitsmarkt", Stellenangebote, von der „Berliner Morgenpost" zusammengestellt. Jeden Nachmittag um 15 Uhr kommen in allen Ullstein-Filialen diese Blätter kostenlos zur Verteilung.

Schon wieder geht die Tür; der zweite Zettel wird abgeholt. Auch er wird auf der Straße sofort einer sorgsamen Prüfung unterzogen.

Was für Stellen werden denn angeboten? Ich sehe eins der Blätter durch. In der Hälfte aller Fälle, in denen Männer gesucht werden, handelt es sich um die Arbeit eines Vertreters oder eines Reisenden für irgend einen „gut gehenden" und „beliebten" Artikel, dessen Vertrieb eine „reelle, einträgliche Existenz" oder — selbst bei Anfängern — einen Tagesverdienst von 10 Mark und mehr gewährleisten soll.

Wer glaubt solchen Versprechungen? In Wahrheit zeigt so ein Blatt die Wirtschaftskrise von zwei Seiten: Da sind Waren, die ohne steigende Propaganda nicht mehr losgeschlagen werden können, weil die Kaufkraft fehlt; da sind Arbeitslose, die Arbeit suchen, um Kaufkraft zu erhalten. Und nun wird der Versuch gemacht, diese Arbeitslosen einzustellen um diese Propaganda in die Wege zu leiten. Aber wem wird das helfen? Die Kaufkraft der Neueingestellten wird nur wachsen, wenn sie verkaufen; und verkaufen werden sie nur, wenn die Kaufkraft gewachsen ist. Das Ganze bleibt ein ziemlich hoffnungsloser Zirkel, solange es nicht gelingt, durch andere, durchschlagende Maßnahmen die Verbraucher kaufkräftig und damit die steigende Propaganda überflüssig zu machen.

Die neueste Errungenschaft für die Kriegsindustrie.

F. Ich zitiere hier einiges aus einem Aufsatz eines Kieler Ingenieurs, der seine Erfindung unter wohlwollendem Hinweis der Redaktion im „Kölner Stadt-Anzeiger" (vom 12. Februar) anpreist:

„Meine Erfindung (eine Patrone und Büchse) steht erst am Anfang ihrer Entwicklung. . . . Erst wenn die durch mich angebahnte engere Zusammenarbeit des Waffenkonstrukteurs mit dem Chemiker, dem Pulverfachmann und dem Munitionsfabrikanten verwirklicht sein wird, werden sich fabrikatorische Vereinfachungen ergeben, die gewaltige Verbesserungen voraussehen lassen.

. . . Es ist ersichtlich, daß z. B. Feldartillerieschutzschilde, Tankpanzer u. s. w. . . . keinerlei Schutz mehr zu gewähren imstande sind, sondern im Gegenteil die dahinter Schutz suchenden Mannschaften infolge der Zertrümmerungs- und Zersplitterungswirkung solcher Geschosse in erhöhtem Grade gefährden, da die fortgesprengten Plattenteile ähnlich wie Granatsplitter wirken.

Ich werde demnächst meine Ultrapatrone und -büchse hinsichtlich ihrer Wirkungen auf animalisches Gewebe — sei es auf der Jagd oder bei anderen Gelegenheiten, wie z. B. auf Schlachtvieh (!) — erproben.

. . . Im übrigen ist meine Erfindung nicht nur anwendbar auf Gewehre und Pistolen, sondern selbstverständlich und besonders auf Geschütze . . . Die Schlußfolgerungen liegen hier nahe genug."

In Genf endlose Debatten über die Herabsetzung der Rüstungen — und gleichzeitig macht eine deutsche Zeitung Reklame für Erfindungen, die selbst bei verminderter Waffenmenge deren Zerstörungskraft zu erhöhen vermögen.

Eine eindringliche Warnung für alle, die sich darauf beschränken, die Schrecken des Krieges lindern zu wollen, statt den imperialistischen Kriegen jede Unterstützung zu versagen und Maßnahmen zu fordern, die solche Kriege unmöglich machen!

Die Gottlosen.

Von Ernst Moritz Häufig.

In drei Ländern unsrer Erde
Fehlt der Kirche ihre Herde.
Rußland, Spanien, Mexiko.
Hier wird keine Kirche froh.

An drei Stellen des Planeten
Animiert kein Mensch zum Beten.
An drei Stellen dieser Welt
Ist es schwach um Rom bestellt.
Rom beherrscht hier nicht die Seelen,
Und wer betet, muß erst wählen.

Freilich, in den andern Staaten
Heißt man „gottlos" solche Taten.
Bei der Kirche Wehgeschrei
Eilt hier schnell der Staat herbei.
Hier muß man der Kirche nützen,
Wenn der Geist will Gott besitzen.
Doch: Was sich muß helfen lassen
Kann man nicht als Gott erfassen.
Darum scheint's in dieser Welt
Mit dem Glauben schlecht bestellt.

An drei Stellen unsrer Erde
Raubte man dem Papst die Herde.
An drei Stellen des Planeten
Nur die wahrhaft Gläub'gen beten.

Die SPD und Hindenburg.

W—er. Die unentschiedene Haltung der SPD zur Präsidentenwahl ruft tolle Verwirrung hervor. Die Einzeichnung in die „eisernen" Bücher hat begonnen. Was glauben die Genossen, die in den letzten Wochen über die Einzeichnung für die Kandidatur HINDENBURGS gelesen haben? „Nun sollen wir uns für HINDENBURG einzeichnen. Hier ist ein Flugblatt, das dazu auffordert." So sagte ein Genosse in einer Versammlung. Als wir versuchten, ihm den Unterschied von „eiserner Front" und „HINDENBURG-Ausschuß" klarzumachen, sagte er: „Ein „Reichsbanner"-Mann hat mir aber gesagt, daß es dasselbe ist." Und hat dieser Genosse nicht am Ende recht?

Wie schwer es für einen Sozialdemokraten sein muß, sich in seiner eigenen Presse zurechtzufinden, und wie schwer es dieser fällt, sich um ihre Stellung zu HINDENBURG herumzudrücken, zeigt z. B. die „Rheinische Zeitung" SOLLMANNS, der am 2. Februar in raffinierter Weise den Eindruck erweckt, daß die SPD für HINDENBURG sei, der dann aber vermeidet, näher darauf einzugehen. Lediglich in Ueberschriften: „Wir unterzeichnen. . . .; „Die auch dabei sind. . . ." und „Die Front — der andern" (als die HITLER, HUGENBERG und die Schwerindustrie bezeichnet werden) sieht es so aus, als wenn die SPD auch den SAHM-Aufruf unterzeichne (was ihr von anderer Seite auch schon auf Grund des erwähnten Schauspiels mit den Ueberschriften nachgesagt worden ist), im Text folgt dann nichts darüber. Vielleicht hatte SOLLMANN auch schon einen Aufruf fertig: „Wir unterzeichnen. . .", und die Sympathiekundgebung, ist dann abgeblasen worden, wobei aus Versehen die Ueberschrift stehen blieb! Wie dem aber auch sei: Nach allem, was man sieht und erfährt, ist die SPD-Bürokratie von vornherein für HINDENBURG gewesen. Ihr bisheriges Zögern ist also nur Taktik. Man wird die bald herauskommenden „Gründe" für HINDENBURG daraufhin zu prüfen haben. Auch die Mitgliedschaft der SPD muß hier mit ihrer Kritik ansetzen: Die Bürokratie, die sich herausreden wird, daß die anderen Parteien ja keinen gemeinsamen Kandidaten wollten, muß genötigt werden, den Versuch zu machen.

Wir wissen, daß viele SPD-Genossen nicht mit der Wahl HINDENBURGS einverstanden sind. Gerade sie sollten ihr Mißfallen mit diesem Entschluß der SPD deutlich an die Spitzen der Partei heranbringen. Schon einmal ist die SPD *genötigt* worden, eine einheitliche Aktion der Arbeiterschaft mitzumachen: beim Volksentscheid gegen die Fürsten. Damals ging es nur um Geld (wenn auch um sehr viel!), heute geht es um mehr: eigentlich um das Leben und die Ehre, und zwar des einzelnen Genossen und der ganzen Arbeiterbewegung!

Die Partei — Lindenstraße 3.

W—er. Die „Gewerkschaft" (das „Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs") enthält in ihrer Nummer 7/8, vom 20. Februar 1932, folgendes Inserat: „Für Werbezwecke der ‚Eisernen Front' hat der Film- und Lichtbilddienst der Partei, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eine Lichtbildserie-Bildband (62 Bilder), betitelt: ‚Die Eiserne Front', herausgebracht, die ein außerordentlich wirksames Bildermaterial, erläutert durch packende Ausführungen, enthält. Die Serie eignet sich vorzüglich zur Vorführung in Partei-, Reichsbanner-, Gewerkschafts- und Sportkreisen, aber auch für alle öffentlichen Werbeveranstaltungen der ‚Eisernen Front'."

Interessant ist, daß das Werbematerial für die „Eiserne Front" von der Partei zusammengestellt wird. Diese Partei kann doch wohl nicht so unwissend sein, daß ihr entgangen ist, daß mehrere Parteien existieren. Sie leidet sonst auch nicht an großer Zurückhaltungssucht. Sie nennt sich wohl also nur deswegen nicht, weil sie nicht unnütz auffallen möchte — wozu sie in einem Gewerkschaftsorgan auch Grund hat. Aber wir verstehen nicht, wie Gewerkschaften dazu kommen, für eine *Partei* — wenn auch versteckt — Propaganda zu machen, noch dazu für eine Partei, für die die Mehrheit der Gewerkschaftskollegen jedenfalls nicht so viel übrig hat, um sich ihr anzuschließen — trotz aller Schreie nach dem zweiten Mann.

Da die Rufe nach dem zweiten Mann offenbar erfolglos waren, biedert man sich auf Kosten der Kollegen in deren Presse an. Ein zwar üblicher — aber deswegen doch nicht sauberer Reklametrick. Die Partei mag ihren zweiten Mann suchen, wo sie will — die Gewerkschaften haben Besseres zu tun, als die Zellenbildung der SPD zu begünstigen. Zellenbildung war bisher — mit Recht — ein Ausschlußgrund in den Gewerkschaften. Aber auch die Zellenbildung durch die SPD muß unterbunden werden.

Weltliche Schule!

ck. Ich will zu Ostern ein Lehrmädchen in mein Büro nehmen. Es haben sich schon viele gemeldet, evangelische, katholische und jüdische. Ich möchte gern ein Kind aus der weltlichen Schule in die Lehre nehmen und rufe bei dem Rektor der weltlichen Schule in B. an. Er freut sich und verspricht, ein geeignetes Mädchen auszuwählen und mir zu schicken. Das Mädchen kommt, legt mir ihr Zeugnisheft vor. Was lese ich auf der ersten Seite dieses Zeugnisheftes einer weltlichen Schule?

„An die Eltern!

Dieses Heft soll Euch von dem Betragen und den Leistungen Eurer Kinder Kenntnis geben. Leset daher jedes Zeugnis gut durch und unterstützt durch häusliche Erziehung die Schule in dem Bestreben, Eure Kinder zu tüchtigen Gliedern der Kirche und des Staates zu machen. Nur wenn Haus und Schule zusammenarbeiten, wird dieses Ziel der Erziehung erreicht werden können."

Sie sind hineingeboren.

H. B. Einige Genossen, die ihren Kirchenaustritt vollziehen wollen, gehen zum Amtsgericht. Wir müssen noch etwas warten, denn zwei etwa vierzehnjährige Jungen sind gerade an der Reihe. Jetzt kommen sie heraus. Und wir fragen sie: „Na, Ihr seid wohl aus der Kirche ausgetreten?" Sie erwidern ärgerlich: „Nein, noch nicht. Wir müssen erst noch einmal nach Hause und fragen, in welcher Kirche wir überhaupt sind."

Postverkehr nach Rußland und den USA.

h Berlin, 16. Februar.

Neuerdings ist von den russischen Postanstalten häufig festgestellt worden, daß Päckchen aus Deutschland eingehen, die zollpflichtige Waren enthalten, und daß die bei deutschen Postanstalten eingelieferten Drucksachen zollpflichtige Waren enthalten, deren Versendung in Drucksachen nach den Bestimmungen des Weltpostvertrags von London nicht gestattet ist. Die zu Unrecht beförderten Päckchen und Drucksachen werden von den Bestimmungspostanstalten nach dem Aufgabeort zurückgeschickt.

h Berlin, 16. Februar.

Die Postverwaltung der Vereinigten Staaten von Amerika hat den fremden Postverwaltungen mitgeteilt, daß sie die Anteile an den Gebühren, die ihr für Postpakete nach den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren Besitzungen zustehen, beträchtlich erhöhen wird. Die sich daraus ergebende Erhöhung der Gebüren für derartige Pakete wird bis 170 Prozent betragen und voraussichtlich am 1. April in Kraft treten.

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken" erneuert werden. Nach dem 25. Februar erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M, zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

Gewerkschaftskollegen! Genossen!

Am Mittwoch, den 24. Februar, um 20 Uhr:

Öffentliche Versammlung

in Magdeburg, bei Bleck (früher Lüchtefeld), Knochenhauerufer 27/28.

H. Rauschenplat, Berlin, Wirtschaftsredakteur des „Funken", spricht über

„Die Wirtschaftskrise und ihre Bekämpfung."

Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund
Ortsverein Magdeburg.

Ballon-Höhenflug.

ℓ Bitterfeld, 18. Februar.

Der Ballon „Ernst Brandenburg" ist heute vormittag um 9.28 Uhr zu einer Substratosphärenfahrt gestartet. Die Fahrt wird in etwa 8000 bis 9000 m Höhe verlaufen und dient der Kontrolle und Vervollständigung der Höhenstrahlenmessungen. Meteorologischer Leiter ist SUCKSDORF-Berlin, Führer des Ballons ist der Bitterfelder Ballonführer SCHÜTZE. Der Ballon ist 2200 cbm groß, er soll jedoch nur mit 1400 cbm Gas gefüllt werden. Die Besatzung befindet sich in einem offenen Korb. Ein zweiter Ballon, der um 9.06 Uhr startete, begleitet den Substratosphärenballon in niedriger Höhe.

Rundfunksendungen,

die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonnabend, den 20. Februar.

Königsberg:
18.25 N. PRINZ: Weltmarktberichte.

Königswusterhausen:
18.30 Prof. WUNDT: Die geistigen Grundlagen des neuen Nationalismus.

Langenberg:
18.20 Dr. LEHMANN: Das Krümpersystem, ein neuer Versuch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Moskau, Gewerkschaftssender:
20.00 Presserundschau.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke" vom ..... ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

.....
Name Ort

.....
Straße und Hausnummer.

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

iSK

7. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANT über
Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:
Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDEN:
Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:
Die schwarze Internationale marschiert:
England: Die Bilanz von 10 Jahren.
Holland: Das konfessionelle Schulwesen.
Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.
Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete" der SPD. Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes Preis monatl 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Hamburg.
Volksheim-Lichtspiele Hammerbrook
1. Pamir. Ein deutsch-russischer Expeditionsfilm zum höchsten Gipfel der Sowjetunion, dem Pik Lenin.
2. Das Dokument von Shanghai.
Ein Prometheusfilm aus dem Fernen Osten, aus der Stadt, um welche ein neuer Weltenbrand zu entstehen droht.
Eintritt: Verdiener: Sonnabends 50 Pf., Sonntags 70 Pf. Erwerbslose und Jugendliche: 30 Pf.
Beginn: Sonnabends 20, Sonntags 19 und 21 Uhr.

BÜROBEDARFSARTIKEL
Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen
A. H. TIMMERMANN
Hamburg 24, Papenhuderstr. 9
Telephon: 25 53 42

Arbeiterkinderheim
Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M, Kinder unter 10 Jahren 1,— M.
Etty Gräffe

Apfelsaft
naturrein und ungegoren, hervorragend zur Frühjahrskur, bestes Tafelgetränk
10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn
Frischkost-Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104.

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate
stellt schnell, sauber und billig her
Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen
Buchhandlung und Antiquariat für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Freunde und Leser des „Funken"!
Unterstützt Eure Zeitung
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

Imperialisten nutzen die Schwäche Chinas, um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen.

Sozialisten müssen wissen, wo die Ursachen dieser Schwäche liegen und wie man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

4600 Jahre China.
Seine politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse.
Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.
141 Seiten. Mit einer Landkarte und drei Tafeln.
Broschiert 3,— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postscheckkonto Hannover 60 643.)

Verlag „Öffentliches Leben", Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Hoover gegen den Bürokratismus.

f **Washington**, 18. Februar.

Präsident HOOVER hat eine Sonderbotschaft an den Kongreß gerichtet, in der er auf das schwerfällige und kostspielige Arbeiten der Verwaltungsmaschinerie hinweist und um Vollmacht für Reorganisation der Verwaltungsexekutive ersucht. Er beabsichtigt, zahlreiche Behörden aufzulösen, die die Verwaltungsarbeit nach seiner Ansicht nur unübersichtlich gestalten. Der Verwaltungsapparat soll geschäftsmäßig aufgezogen werden, wodurch erhebliche Ersparnisse gemacht werden.

HOOVERS Vorschläge gipfeln in folgendem:

1. Verkleinerung und Zusammenfassung einer größeren Zahl von Exekutiv- und Verwaltungsbehörden in einzelnen Gruppen, deren Vorstände für den Betrieb in ihrem Bereich verantwortlich sein sollen.

2. Durchführung des Grundsatzes, daß in den Exekutiv- und Verwaltungsbehörden stets nur *eine* Persönlichkeit verantwortlich ist, während die mehr beratende, regelnde und halbrichterliche Tätigkeit von Kollegialbehörden und Kommissionen ausgeübt werden soll. Zur Zusammenfassung der Exekutive beabsichtigt HOOVER, einige wenige Dienststellen mit großem Machtbereich zu schaffen.

Die deutschen Abrüstungsvorschläge.

i **Genf**, 18. Februar.

In der Donnerstag-Sitzung der Abrüstungskonferenz sprach der Botschafter NADOLNY über die konkreten Abrüstungsvorschläge der deutschen Regierung, die er im einzelnen nannte und begründete.

Der Hauptgesichtspunkt, unter dem die deutschen Vorschläge aufgestellt worden sind, ist der der Gleichberechtigung Deutschlands mit den andern Mitgliedern des Völkerbundes hinsichtlich der Abrüstungsfrage. Deutschland ist durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags gebunden. Die Forderungen des Konventionsentwurfs, den die vorbereitende Abrüstungskommission der Abrüstungskonferenz als Vorschlag für die übrigen Staaten vorgelegt hat, geht in vielen Punkten nicht so weit wie die für Deutschland geltenden Bestimmungen. Der deutsche Gegenvorschlag geht deshalb dahin, im Anschluß an die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages die Forderungen des Konventionsentwurfs zu verschärfen. Diesem Gesichtspunkt entspricht z. B. die Forderung, daß das Personal der Landstreitkräfte, wenn nicht besondere Umstände dies unmöglich machen, nur im Wege freiwilliger Verpflichtungen rekrutiert werden solle.

Die deutsche Delegation hat ferner die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags daraufhin durchgearbeitet, ob sie das Verbot der Angriffswaffen und das der Bedrohung der Zivilbevölkerung in den Vordergrund der Abrüstung stellen. Diesem Gesichtspunkt entspricht es, daß unter den deutschen Vorschlägen die Forderung des Verbots von Minenwerfern, Tanks und Unterseebooten mit besonderem Nachdruck erhoben wird, und daß die Ablehnung jeder militärischen Verwendung von Stick- und Giftgas sowie von Mitteln des Bakterienkrieges ausgedehnt wird auch auf die **Vorbereitung** und Herstellung solcher Mittel.

Ueber die Durchführung der vorgeschlagenen Maßnahmen enthalten die deutschen Vorschläge nur die kurze und vage Anweisung: „Die Durchführung und Einhaltung der Abrüstungsbestimmungen ist durch ein für alle Staaten gleiches Verfahren der Ueberwachung sicherzustellen." Die radikalen Vorschläge LITWINOWS und TARDIEUS werden in dem offiziellen Text der Vorschläge überhaupt nicht erwähnt; nur in seiner Begründung hat NADOLNY den französischen Vorschlag kurz gestreift, ohne grundsätzlich zu ihm Stellung zu nehmen. Er bemerkt lediglich, daß für die Schaffung einer internationalen Streitmacht ein allgemeiner Rüstungsausgleich die Voraussetzung sei, und daß die deutsche Regierung den französischen Vorschlag aufmerksam prüfen werde.

Die deutschen Vorschläge bringen — im einzelnen ausgeführt — den bekannten Protest der deutschen Regierung gegen den Konventionsentwurf zum Ausdruck. Sie halten sich völlig im Rahmen der Frage, wie die gestörte Gleichheit der Rüstungen wiederhergestellt werden könnte, ohne den für die Sicherung des Friedens entscheidenden Gedanken, den Krieg *unmöglich* zu machen, auch nur aufzurollen.

*

Die deutschen Vorschläge haben bei den Abordnungen der Abrüstungskonferenz im allgemeinen eine freundliche Aufnahme gefunden. Man nimmt an, daß die Konferenz jetzt außer dem Konventionsentwurf und den französischen Plänen auch die deutschen Vorschläge behandeln werde.

Die polnische Abordnung sieht in der deutschen Stellungnahme die versteckte Ankündigung, Deutschland werde im Fall des Versagens der Abrüstungskonferenz die Forderung auf Abänderung des Versailler Vertrags stellen.

Der Führer der französischen Abordnung, PAUL-BONCOUR, erklärte am Donnerstag der Presse, daß die deutschen Vorschläge der Form nach zwar durchaus gemäßigt, inhaltlich jedoch für Frankreich völlig unannehmbar seien, insbesondere da die deutsche Regierung den von England und den Vereinigten Staaten grundsätzlich bereits angenommenen Abkommensentwurf des Völkerbundes als Verhandlungsgrundlage ablehne.

Dagegen wird von seiten der englischen Abordnung hervorgehoben, daß die deutschen Vorschläge durchaus die Tür für weitere Verhandlungen offen ließen, daß einige Punkte der deutschen Vorschläge annehmbar seien, während allerdings andere Punkte, wie die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, die Abschaffung der Festungen und einige Flottenvorschläge nicht durchführbar seien.

k **Paris**, 19. Februar.

In der französischen Presse erfahren die deutschen Vorschläge weitgehend Ablehnung. Rechts gerichtete Blätter bestreiten, daß die deutsche Regierung ein Recht habe, den Versailler Vertrag als Muster für die *allen* Staaten geltenden Abrüstungsbestimmungen zu nehmen. Blätter der Linken äußern die Befürchtung, daß Deutschland von vornherein mit einer Ablehnung seiner Vorschläge rechne und mit ihnen nur nach einem Vorwand zum Aufrüsten suche.

Aus deutschen Parlamenten.

Zur Fürstenabfindung.

h **Berlin**, 18. Februar.

Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm den sozialdemokratischen Gesetzentwurf über die Neuregelung der vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen der Länder mit den vormals regierenden Fürstenhäusern und Mitgliedern standesherrlicher Familien in zweiter Lesung mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten an. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß die Leistungen unter bestimmten Umständen herabgesetzt werden können.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Montag, den 22. Februar, um 20 Uhr, im Hakkeschen Hof, Rosenthaler Str. 40/41 (Nähe Bahnhof Börse). Thema: Thälmann — Hitler — Hindenburg? Was können wir noch tun für einen Einheitskandidaten der Arbeiterklasse? Leitung: Minna Specht.

Eisenach: Donnerstag, den 25. Februar, um 20.15 Uhr, im Gasthof „Goldener Engel", Katharinenstraße. Thema: „Arbeiterschaft und Reichspräsidentenwahl.

Göttingen: Freitag, den 26. Februar, um 20.15 Uhr, im Volksheim, kleiner Saal. Thema: Die Weltkriegsgefahr und die Arbeiterschaft.

Kassel: Mittwoch, den 24. Februar, um 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Thema: Der ISK und die Reichspräsidentenwahl. (Kein Ausschank!)

München: Dienstag, den 23. Februar, um 20 Uhr. im Gasthof „Goldener Stiefel", Sendlingerstr. 67. Thema: Der Krieg im Fernen Osten. Seine internationale Bedeutung.

Freie Aussprache. Eintritt frei.

Preußische Sparverordnung bleibt.

h **Berlin**, 18. Februar.

Der preußische Landtag bestätigte am Donnerstag mit den Stimmen der Regierungsparteien den Beschluß seines Hauptausschusses; d. h. er lehnte die von den Deutschnationalen, den Kommunisten und der Deutschen Fraktion gestellten Anträge auf Aufhebung der zweiten preußischen Sparverordnung ab.

Die Abstimmung über die pädagogischen Akademien ergaben, daß es bei den Beschlüssen der Regierung bleibt, daß also nur sechs Akademien weitergeführt werden.

Freunde und Leser des „Funken"!

Unterstützt Eure Zeitung

durch Sammeln von Anzeigen. Bevorzugt bei Einkäufen stets unsere Inserenten!

Auflösung des sächsischen Landtags abgelehnt.

g **Dresden**, 18. Februar.

In der heutigen Sitzung des sächsischen Landtags wurde der Antrag auf Auflösung des Landtags auch in zweiter Beratung mit 57 gegen 37 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Einigkeit ist parteischädigend.

M. F. **Essen**, 18. Februar.

Vor einigen Tagen fand in Essen eine vom „Komitee werktätiger Frauen" einberufene Werbeveranstaltung der KP statt, bei der auch für die Kandidatur THÄLMANNS zur Reichspräsidentenwahl eingetreten wurde. Eine nicht zur KP gehörende Genossin brachte den Vorschlag des ISK, einen Einheitskandidaten für die gesamte Arbeiterschaft aufzustellen, in die Diskussion, und begründete den Vorschlag eingehend. Die Frauen hörten interessiert zu, während KP-Funktionäre feindliche Zwischenrufe machten. Eine andere Genossin (Mitglied der KP) unterstützte den Vorschlag für den Einheitskandidaten. In höchst unsachlicher Weise wurde der Vorschlag durch die Referentin abgelehnt. Das Eintreten der fraglichen KP-Genossin wurde mit den schärfsten Worten gerügt, da ein solches Verhalten „parteischädigend" sei.

*

Die Partei muß erhalten werden, und wenn die gesamte Arbeiterschaft dabei zugrunde geht.

Amerika und Europa.

Von Norman Angell.

Aus der Zeitschrift „Foreign Affaire" („Auswärtige Angelegenheiten"), die von dem tapferen Aufdecker belgischer Kolonialgreuel E. D. MOREL gegründet worden ist, bringen wir dieses Gespräch ihres jetzigen Herausgebers.

Auf einem der großen Luxusdampfer, die noch die Deutschen 1922 gebaut haben, die aber jetzt einer englischen Gesellschaft gehören, unter englischer Flagge fahren und von englischen Passagieren immer als „ein herrliches englisches Schiff" gepriesen werden, hört man Brocken von Unterhaltungen, die kleine Gruppen im Speisesaal führen:

Erster Amerikaner: Die Japsen haben den Chinesen mal wieder die Hosen ordentlich strammgezogen. Die Gelben scheinen es ja so über sich ergehen zu lassen.

Zweiter Amerikaner (sich an einen Engländer wendend): Was wird denn nun Ihr großer Völkerbund tun? Ich glaube, diese mandschurische Angelegenheit wird ihm so ungefähr das Lebenslicht ausblasen, was?

Engländer: Ihr Völkerbund, bitte sehr. *Sie* erzeugten das Kind; dann gaben Sie es uns zu halten und verleugneten es.

Zweiter Amerikaner: Da haben Sie eben Pech gehabt. — Auf alle Fälle wird diese Affäre ihm den Hals brechen.

Erster Amerikaner: Ich finde, daß die Japse recht haben. Man muß doch Ruhe und Ordnung im Lande haben, und in der Mandschurei gab es das nicht.

Engländer: Schon möglich, aber es wird niemals Ruhe und Ordnung in der Welt geben, wenn Sie jedem verärgerten Staat gestatten, sich seines Kummers auf irgend eine Art zu entledigen, sowie er nur meint, Kummer zu haben. Ausgerechnet Japan hatte versprochen, so was zu unterlassen — hatte es Amerika versprochen —, und gerade Japan hat es doch gemacht.

Erster Amerikaner: Na, weder Sie noch ich werden den Tag erleben, und sollten wir tausend Jahre alt werden, daß ein Volk seine Streitereien durch jemanden anders beilegen läßt. So was liegt nicht in der menschlichen Natur. (Wendet sich an eine Dame.) Maisie, was würdest du tun, wenn eine andere Frau dir ins Gesicht kratzen würde? Ein Schiedsgericht ernennen oder wieder kratzen?

Maisie: Wieder kratzen natürlich und doller kratzen, und je doller ich kratze, desto mehr Spaß würde es machen. Ich würde keinen anderen sich reinmischen lassen.

Erster Amerikaner (triumphierend): Da haben Sie's! Genau soviel hat auch Ihr Völkerbund zu erwarten.

Und die ganze Gruppe war sich darüber einig, daß damit der Völkerbund ein für allemal erledigt sei.

*

In derselben Gruppe sprach etwas später ein reicher Bauspekulant über Schulden und Wirtschaftskrise.

Bauspekulant: Und ich sage Ihnen: es ist alles Blödsinn, daß Europa seine Schulden nicht zahlen kann. Europa ist reicher, als es je gewesen ist. Ich bin durch Deutschland, Frankreich, die Tschechoslowakei und England gereist, und ich kann Ihnen sagen, daß seine Industrieanlagen von oben bis unten rationalisiert worden sind. Deutschland ist das größte Industrieland in Europa, vielleicht in der Welt. Europa könnte seine Schulden zahlen, wenn es nur wollte. Aber es will eben nicht.

Amerikanische Dame: Aber die Deutschen, die jetzt Reparationen zahlen, sind doch nicht die, die den Krieg geführt haben. Es ist doch ungerecht, daß zukünftige Generationen, die nichts mit der Versenkung der „Lusitania" zu tun hatten und all den anderen Angelegenheiten, für die Sünden ihrer Väter zahlen müssen. Sie werden es bestimmt nicht tun.

Bauspekulant: Sie wollen also lieber, daß künftige amerikanische Generationen zahlen. Denn wenn Europa seine Schulden nicht zahlt, müssen eben Amerikaner sie zahlen; dann müssen die Steuern in Amerika erhöht werden. Natürlich ist es grausam, daß die armen Europäer zahlen müssen und ganz in Ordnung, daß es die Amerikaner tun! Sehen Sie, das ärgert mich an diesem dummen Gerede so sehr — gestatten Sie, daß ich es sage —, wenn Amerikaner betroffen werden, sagen Sie nichts. Wenn diesen verdammten Europäern irgend etwas zustößt, fangen alle alten Weiber bei uns an, über die amerikanische Selbstsucht zu klagen.

(Hier entspann sich eine erregte Auseinandersetzung zwischen der Dame und ihrem Partner. Allein schon, um den Lärm aufzuhalten, griff ein Engländer vermittelnd ein.)

Engländer: Aber es ist doch gewiß keine Rechtsfrage, die uns hier soviel Kopfzerbrechen macht, sondern die Frage, *wie* es gemacht werden soll. Amerika hat schon beinahe alles Gold der Welt, und Waren will es nicht haben. Sowie die europäischen Waren so billig sind, daß sie mit den amerikanischen Preisen konkurrieren könnten, geht der Zoll in USA in die Höhe.

Bauspekulant (aufgeregt): Und darauf können Sie sich verlassen, daß er in die Höhe geht! Wir denken nicht daran, amerikanischen Arbeitern die Arbeit wegnehmen zu lassen, um sie minderwertigen Europäern zu geben. Hier lassen wir nicht mit uns reden: wir werden den amerikanischen Lebensstandard nicht durch europäische Konkurrenz ruinieren. Wir haben auch so genug Arbeitslose. Wenn Sie meinen, wir würden unser Land von billigen europäischen Waren überschwemmen lassen, so haben Sie sich mächtig geirrt.

Engländer (nicht ganz sicher, wie er weiterkommen soll): Aber, wenn Sie nun doch europäische Waren kaufen sollten, überlegen Sie, bitte, was wird ein Europäer mit den Dollars anfangen, die er von Ihnen bekommt?

Bauspekulant: Nun, entweder gibt er sie aus oder er behält sie.

Engländer: Wo gibt er sie aus?

Bauspekulant: Natürlich in Europa!

Engländer: Aber in Europa kann er doch damit nichts anfangen. Die Läden dort wollen Mark oder Francs oder Pfunde haben. Ich meine, er kann sie nur in Amerika ausgeben, indem er amerikanische Waren kauft. Und würden damit nicht auch amerikanische Arbeiter beschäftigt werden?

Bauspekulant (mit überlegener Sicherheit): Aber, lieber Mann, wenn Sie etwas besser in Geschäften bewandert wären, wüßten Sie, daß er überhaupt keine amerikanischen Waren zu kaufen braucht; der Europäer kann amerikanische Wertpapiere kaufen und sein Geld auf einer amerikanischen Bank liegenlassen.

Engländer: Aber die Zinsen? Wie soll ich denn als Europäer die Zinsen für diese Wertpapiere verwerten? Die Zinsen werden doch in Dollars bezahlt. Eines Tages, früher oder später, muß entweder COOK (ein englisches Reisebüro) oder meine Bank den Auftrag bekommen, Dollars in Waren umzuwandeln.

Bauspekulant (nachdenklich): Der Engländer könnte sich ja Gold schicken lassen.

Engländer: Was soll er mit Gold anfangen? Wenn er es eingräbt, hat er einen Schatz vergraben als Bezahlung für seine Arbeit. Wenn er es nicht eingräbt, sondern es zu seinem Kapital in seinem Lande hinzufügt, werden die Preise steigen und die Waren werden nicht mehr so billig sein.

Bauspekulant (geschlagen): Hören Sie, ich bin ein einfacher Geschäftsmann und verstehe nichts von komplizierten Theorien. Aber *als* Geschäftsmann weiß ich, daß Europa von uns Geld geliehen hat, seine Industrie damit verbessert hat, und jetzt, wo wir es wiederhaben wollen, wo wir wollen, daß sie ihrerseits den Vertrag einhalten, da sagen sie, wir benähmen uns wie der Jude SHYLOCK. Der ganze Dank, den wir dafür haben, daß wir Euch immer wieder vor dem Zusammenbruch bewahrt haben, ist der, daß Ihr uns beschimpft und uns lächerlich macht.

Wir fordern von der Reichsbank:

Keine Diskontsenkung!

„Freudige Ueberraschung."

Die Bank von England hat ihren Diskontsatz von 6 auf 5 Prozent gesenkt. Die Blätter melden „freudige Ueberraschung" bei Banken und Börse. — Die Notenbanken in Norwegen und Schweden haben ihren Diskontsatz von 6 auf 5½ Prozent herabgesetzt. Man spricht von bevorstehenden Diskontsenkungen in den U. S. A. und Dänemark.

Daß die deutschen *Kapitalisten* nun mit verstärkter Kraft eine Diskontsenkung von der Reichsbank fordern, weil die von ihnen in Anspruch genommenen Kredite dadurch billiger würden, ist verständlich. Der „Vorwärts" ist — wie leider stets in dieser Frage — mit der Schwerindustrie einig. Nur der Stil der Forderung ist bei ihm ein anderer. Gewohnt, sich „dem Wohlwollen der Regenten zu empfehlen", lautet die Ueberschrift bei ihm (Nr. 83, vom 19. Februar):

„Diskontsenkung bitte!"

Nach Wiedergabe der Meldungen über die erwähnten Diskontsenkungen schreibt er:

„Es entsteht die Frage, ob für die Deutsche Reichsbank jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, ebenfalls den Diskont zu senken. Wir haben diese Frage schon vor vierzehn Tagen gestellt und bejaht. Unseres Erachtens darf die Reichsbank sich der Kreditverbilligung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr verschließen."

Wann Diskontsenkung fordern?

Wann ist für Sozialisten der Zeitpunkt gekommen, eine Diskontsenkung zu fordern? Dazu eine Vorfrage: Was würden die Kapitalisten mit den ihnen gewährten billigeren Krediten heute anfangen? Erst wenn man das weiß, kann man als Sozialist die Frage beantworten, ob eine Diskontsenkung *heute* gefordert werden soll oder nicht.

Nun wissen wir aber, daß die Mittel der Reichsbank in starkem Maße eingesetzt worden sind zur Stützung von Schwerindustrie und Großgrundeigentümern, zur Verschleierung und Hintanhaltung von Bankrotten, die *notwendig* sind zur Bereinigung der Wirtschaft. Eine Verbilligung der Kredite würde eine Erleichterung bedeuten für die Fortführung der heutigen Wirtschaftspolitik, die wir bekämpfen müssen. Es wäre überaus kurzsichtig, die weitere Stützung jener Betriebe (zum Beispiel durch eine Diskontsenkung) zu fordern, nur damit die dort beschäftigten Arbeiter ihre Arbeitsstätte nicht verlieren. Denn erstens handelt es sich doch nur um ein *Hinauszögern* von Bankrotten, die, je später sie kommen, desto schlimmere Wirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben werden. Und zweitens gehen bei der Stützung *fauler* Betriebe die wenigen Reserven, die in Deutschland noch vorhanden sind, darauf und stehen dann nicht mehr zur Verfügung, um *nach* der Bereinigung die *gesunden* Betriebe wieder rasch voller zur Entwicklung zu bringen.

Die Forderung „Diskontsenkung" darf von Sozialisten also erst erhoben werden, wenn die verbilligten und dann wohl auch vermehrten Kredite nur noch zur Wiederbelebung der Wirtschaft in Anspruch genommen werden *können*, das heißt: wenn jene Unternehmungen, die heute nur noch künstlich am Leben erhalten werden, bereits von der Bildfläche verschwunden sind und also als Nehmer jenes verbilligten Kredits ausgeschieden sind.

Rpt.

Zur Lage in Deutschland.

Arbeitslosigkeit: Im Januar waren von 100 Gewerkschaftsmitgliedern 44 arbeitslos und 22 arbeiteten verkürzt.

Die Ausfuhr amerikanischer *Baumwolle* nach Deutschland in der Zeit vom 1. August 1931 bis zum 12 Februar 1932 betrug 1 Million Ballen, gegenüber 1,2 Millionen Ballen im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Die amerikanische Gesamtausfuhr nahm die entgegengesetzte Entwicklung; sie betrug im gleichen Zeitraum 5,3 Millionen Tonnen gegenüber 4,6 Millionen Tonnen im Vorjahr. — In Deutschland ist die Massenkaufkraft besonders stark gesenkt worden!

Konsumgenossenschaften: Der Umsatz war 1931 um 6,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Nur in einem Gebiet ist der Umsatz gestiegen, und zwar um 1,5 Prozent: in Württemberg.

Zur Lage der *Brauereien:* Der Geschäftsbericht der Radeberger Exportbierbrauerei AG richtet „den dringenden Appell an die Reichsbehörden, nicht ferner *zuzusehen*, daß ein großer Teil einer lebenswichtigen Industrie . . . systematisch zum Erliegen verurteilt wird". — Wenn man genau *zusieht*, bemerkt man, daß die so bewegt klagende Firma Bankguthaben von 1,4 Millionen Mark besitzt und eine Dividende von 14 Prozent austeilt!

Wohnungsbau in den Groß- und Mittelstädten: Die Bauvollendungen verminderten sich im Dezember 1931 gegenüber dem Vormonat um 2 Prozent, gegenüber dem Dezember 1930 um 30 Prozent. Die Baubeginne verminderten sich weitstärker: gegenüber dem Vormonat um 43 Prozen, gegenüber dem Dezember 1930 um 83 Prozent.

Von 100 Neuwohnungen entfielen auf *Kleinwohnungen* (ein bis drei Wohnräume):

1927	34
1928	36
1929	43
1930	49
1931	57

Landmaschinen: An deutsche Landwirte wurden im Erntejahr 1930/31 Landmaschinen für 176 Millionen Mark verkauft (1927/28 : 350 Millionen Mark). Der Beschäftigungsgrad der Landmaschinenindustrie betrug bereits Ende 1930 nur 27 Prozent, Ende 1931 nur noch 17 Prozent.

Zement: Im Januar 1932 wurden 104 000 Tonnen versandt gegenüber 164 000 Tonnen im Januar 1931, und 315 000 Tonnen im Januar 1930. Der Absatz ist also innerhalb von zwei Jahren auf ein Drittel zurückgegangen.

Rohstahl: Produktion im Januar 1932: 400 000 Tonnen, das waren arbeitstäglich 9 Prozent weniger als im Vormonat, 46 Prozent weniger als im Vorjahr.

Produktion der deutschen *Walzwerke* im Januar 1932: 298 000 Tonnen, das waren arbeitstäglich 6 Prozent weniger als im Vormonat, 43 Prozent weniger als im Vorjahr.

Sparkassen: Gehamsterte Noten fließen zum Teil an die Sparkassen zurück, was daraus geschlossen wird, daß bei Einzahlungen die Noten vielfach in den eigenen Streifbändern der betreffenden Sparkassen gebündelt sind.

Die *Steinkohlenförderung im Ruhrbergbau* betrug im Januar vorigen Jahres 8,5 Millionen Tonnen, im Dezember 1931 nur noch 6,4 Millionen Tonnen und sank im Januar 1932 auf 6,1 Millionen Tonnen. Die Steinkohlenvorräte betragen annähernd 12 Millionen Tonnen.

Die Zahl der im Bergbau *beschäftigten Arbeiter* änderte sich während dieser Zeit folgendermaßen:

	Jan. 1931	Dez. 1931	Jan. 1932
Ruhrgebiet	287 956	223 457	220 054
Aachen	27 073	26 641	26 388
Deutsch-Oberschlesien	47 368	43 247	43 219
Niederschlesien	23 493	17 510	17 255
Freistaat Sachsen	18 364	16 367	16 285

Braunkohlenförderung in Millionen Tonnen.

	Jan. 1931	Dez. 1931	Jan. 1932
Mitteldeutschland	7,3	7,5	6,2
Rheinland	3,5	3,5	3,1

Holland und die englischen Zölle.

Die holländische Landwirtschaft wird durch die englischen landwirtschaftlichen Schutzzölle besonders stark betroffen, da ein großer Teil der englischen Gemüseeinfuhr aus Holland kommt. Der Zoll für ein Kilo Tomaten beträgt im Juni und Juli 27 Pfennig (der Preis der Tomaten in Holland betrug im Juni 1931 etwa 51 Pfennig). Von August bis Oktober beträgt der Zoll 13½ Pfennige (der Preis in Holland betrug 1931 im August 15½ Pfennige). Bei diesen Zöllen ist zu erwarten, daß die holländische Tomatenausfuhr nach England fast völlig lahmgelegt werden wird.

Ausfuhr von Fabriken statt von Waren.

Vor wenigen Wochen wurde bekannt, daß der tschechische Schuhkönig BATA, infolge der englischen Schutzzölle, in England eine Schuhfabrik errichten wolle. Nun ist auch Holland zum Schutze des Inlandmarktes geschritten, wenn auch nicht durch Zölle, so durch Kontingentierung der Einfuhr, was für den Handel noch tötlicher sein kann. Die Einfuhr von Schuhen nach Holland ist — vorläufig nur für ein Vierteljahr — mengenmäßig beschränkt worden. Daraufhin hat BATA beschlossen, auch in Holland eine Schuhfabrik zu errichten.

Zur Lage in den U. S. A.

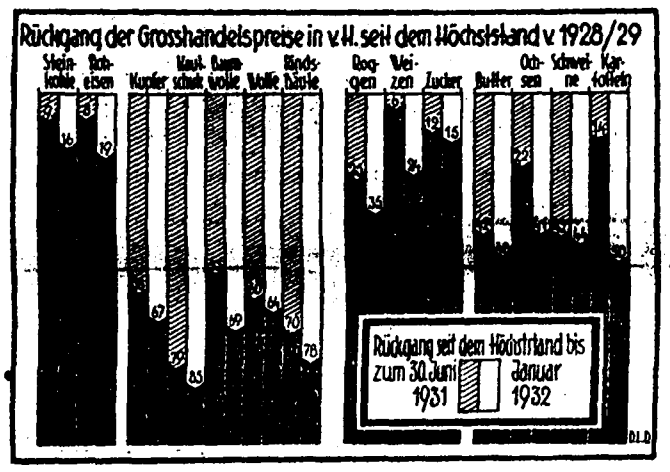
Die Industriefirmen, die bisher ihren Geschäftsbericht für 1931 veröffentlichten, zeigen einen Gewinnrückgang von 40 Prozent.

Der große amerikanische Stahltrust, die *United States Steel Corporation*, hat im vergangenen Jahre einen geringeren Profit als jemals während seines dreißigjährigen Bestehens erzielt.

Ein Abgeordneter im amerikanischen Kongreß über den Abzug der *französischen Gelder* aus den U. S. A.: „Frankreich soll sein Geld nehmen und zum Teufel gehen." — Man hat offenbar keine Sorge mehr wegen der Abhebungen.

Der Preisrückgang in Deutschland: ein Bild der politischen Kräfteverteilung.

Unser Schaubild zeigt, wie stark einzelne Großhandelspreise seit ihrem Höchststand während der Jahre 1928/29 zurückgegangen sind.



Im Bild heben sich deutlich vier Gruppen von Waren voneinander ab: Die Produkte der deutschen Schwerindustrie haben sich kaum verbilligt; die vom Auslandsmarkt abhängigen Rohstoffpreise sind sehr stark zurückgegangen. Brotgetreide und Zucker weisen nur geringe Preisrückgänge auf (der Rückgang bei Roggen ist nicht deshalb verhältnismäßig groß, weil Roggen heute besonders billig ist, sondern weil der Roggenpreis vor einigen Jahren durch Staatseingriffe besonders hoch in die Höhe getrieben worden ist, sogar über den sonst stets höheren Weizenpreis hinaus). Die bäuerlichen Produkte sind seit ihrem Höchststand um 40 bis 50 Prozent im Preis gefallen.

Aus dem Schaubild kann man geradezu ablesen, welche Interessentengruppen die deutsche Wirtschaftspolitik bestimmen.

Landarbeiter-Brief aus Spanien.

Der Genosse JOAQUIN BENITO, aus Zaragossa, der dort Landarbeiter ist, gibt uns im folgenden eine Schilderung des spanischen Landarbeiterdaseins.

Die Rückständigkeit der wirtschaftlichen Umstände und die Enttäuschung durch die Revolution lasten schwer auf denen, die nachdenken und an einer Aenderung arbeiten möchten.

Landarbeiterleben — ein Hundeleben.

Wo der Großgrundbesitz herrscht, sind fast alle auf dem Lande Beschäftigten Lohnarbeiter; sie arbeiten um sehr niedere Löhne und unter schlechten Bedingungen. Die Tageslöhne bewegen sich meist zwischen 2,50 bis 3 Pesetas (1 Mark = 3 Pesetas) für Männer, und 1,50 bis 2 Pesetas für Frauen und Kinder. Es ist erklärlich, daß die Arbeiter unter diesen Bedingungen überaus schlecht leben, unterernährt und schlecht gekleidet sind. Die Wohnungen sind schmutzig und eng. Die Mehrzahl der Arbeiter kann weder lesen noch schreiben, noch kümmern sie sich um die einfachsten hygienischen Anforderungen.

In Estremadura gibt es noch viele Dörfer, in denen die Menschen noch wie vor Jahrhunderten leben, fast ohne Verbindung mit der Außenwelt. Hier gibt es weder ein Telefon, noch Schulen, ja nicht einmal Wege, die man mit einem Wagen befahren kann. Man kann von Ort zu Ort entweder gehen oder reiten. Ein einziger Arzt hat oft 5, 6 und mehr Dörfer zu betreuen. Wenn jemand krank ist, muß oft erst ein weiter Weg zurückgelegt werden, ehe man in ein größeres Dorf kommt, wo eine Apotheke zu finden ist.

Obgleich die gesetzliche Arbeitszeit nur 8 Stunden beträgt, wird doch meistens von morgens bis abends gearbeitet, mit einer ein- oder zweistündigen Mittagspause, je nach der Jahreszeit.

In Gebieten, wo der Besitz mehr aufgeteilt ist, wie z. B. hier in der Gegend von Zaragossa ist das Leben der Landarbeiter besser, wenn auch in der Erntezeit 14 bis 15 Stunden gearbeitet wird; aber da die Arbeitsvorschriften mehr Beobachtung finden, werden die Ueberstunden bezahlt. Die Löhne sind höher und schwanken zwischen 5 bis 6 Pesetas am Tag, je nach Jahreszeit und Leistung. Die meisten Landarbeiter haben noch ein kleines Grundstück zur eigenen Bearbeitung, natürlich nur Pachtland.

Mit den besseren Lebensbedingungen zeigt sich sofort ein höherer Grad der Kultur. Es gibt viel weniger Analphabeten, man interessiert sich für künstlerische Dinge, pflegt die Beziehungen zu einander, hält Sonntagsruhe und kümmert sich um Gesundheitsfragen.

In vielen Orten — Dörfern und Städten — gibt es Genossenschaften, die von Kapitalisten oder Katholiken geleitet werden. Neben den ökonomischen Vorteilen, die diese Organisationen bringen, werden wohl auch politische Vorteile herausspringen.

Arbeitsmethoden auf dem Lande.

Wenn es eine Tatsache ist, daß Spanien ein Agrarland ist, dann ist es auch eine Tatsache, daß es rückständig ist. Bis jetzt haben alle Machthaber in Spanien für ihre Taschen gesorgt, indem sie sich die Unkultur und Unwissenheit zu Nutze gemacht haben. Für die Beseitigung der Rückständigkeit hat noch niemand gesorgt und darum sind die Dinge immer so geblieben.

Landwirtschaftliche Maschinen benützt man kaum. Die Bodengestaltung läßt auch die Behandlung der Erde mit Traktoren nicht leicht zu; es gibt aber doch große Ebenen, wo man Traktoren und Mähmaschinen benützen könnte. Außerdem hassen die Landarbeiter die Maschinen; denn sie beschuldigen diese, die Arbeitskrise verursacht zu haben.

Die Düngung ist nicht ausreichend. Man benützt zwar künstliche Düngemittel, aber die Bauern haben oft nicht das Geld, um sie zu kaufen; darum versucht man eben ohne Kunstdünger aus der Erde herauszuholen, was geht. Die Bauern sind ja meist nur Pächter, denn das Land gehört Großgrundbesitzern. Der Ertrag der Arbeit des Bauern gehört zum kleinsten Teil ihm, denn nach der Ernte muß er die Pacht zahlen, dem Händler die auf Kredit gekauften Düngemittel bezahlen, Steuern und alles Mögliche dem Staate geben.

Das Klima beeinflußt natürlich die Landwirtschaft sehr. Außer Nordspanien ist das Land trocken; Bewässerung ist also notwendig. Wer seine Erde bewässern kann, hat eine gute Ernte, ja mehrere Ernten im Jahre. Man wird dann sagen, daß man die Erde gut ausbeutet; aber es ist richtiger zu sagen, daß die Bauern ausgebeutet werden.

Und was tut die Arbeiterrepublik?

Die Aussichten für die spanische Arbeiterschaft unter der neuen Regierung erscheinen nicht in besonders rosigem Lichte. Im Lande steigt die Arbeitslosigkeit, und nichts wird unternommen. Hunger und Not wachsen, und damit auch die Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft, wie die steigende Zahl der Arbeitskämpfe beweist. Das spanische Proletariat, das vom neuen Regime die Aufrichtung einer gerechten Ordnung erwartete, fühlt sich enttäuscht. Es kann nicht die Ungerechtigkeiten und Arbeitslosigkeit weiter dulden und weiterhin körperlichen und geistigen Hunger leiden. Die Inflation der Peseta trägt das ihre zur weiteren Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft bei. Neben dem stets drohenden Lohnabbau steigen die Preise, wie Eisenbahntarif und Benzinpreise beweisen. Beide wirken auf alle Dinge zurück. Man kann kurz sagen, daß die Lage der spanischen Arbeiterschaft von Tag zu Tag sich verschlechtert.

Dieser Zustand wird vom Proletariat immer mehr als unerträglich empfunden. Es ist müde, die Leiden weiterhin zu ertragen. Es gibt in Spanien nicht nur *ein* Problem zu lösen, nein, viele! Spanien könnte das „Land der unzähligen ungelösten Probleme" genannt werden. Bis jetzt haben sich die gegenwärtigen Machthaber nicht sehr fruchtbar in der Lösung von Problemen erwiesen. Leider hat die Unkultur und Unwissenheit des spanischen Volkes die Schandtaten der Herrscher bis jetzt begünstigt; aber nun beginnen die spanischen Arbeiter sich zu unterrichten, sich zu belehren, und sie beobachten die politischen Ereignisse besser. Es zeigt sich in ihnen der Geist des Fortschritts, damit kommt die absteigende Zeit für die politischen Roßtäuscher!